

Unseren Recherchen kam ferner zugute, daß die Baseler Bank Anfang der 80er Jahre ihr weltweites Meldernetz über die Kreditvergabe der Banken der OECD-Staaten beträchtlich komplettiert hatte, so daß es nur noch wenige Erfassungslücken gab.

Damit waren alle Informations-Voraussetzungen vorhanden, um die Bonität oder den noch vorhandenen Grad der Zahlungsfähigkeit der DDR zu ermitteln.

Das Ergebnis war erschreckend. Der SED-Staat stand am Abgrund der Zahlungsunfähigkeit.

Die „Schuldendienstquote“ der DDR lag 1977 nicht, wie von mir noch 1979 aufgrund unzulänglicher Bankstatistiken ermittelt, zwischen 50-60 %, sondern bereits in diesem Jahr bei 144 %. Bis 1980 kletterte diese Quote auf 168 % und erreichte 1981 und 1982 Spitzenwerte von 190 % und 183 %.

Daraus folgte, daß 1981/82 die konkreten Zins- und Tilgungsverpflichtungen der DDR gegenüber dem Westen fast doppelt so hoch waren wie die gesamten Devisenerlöse aus dem Westhandel.

Die DDR konnte streng genommen Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre keine Westimporte mehr aus eigener Kraft bezahlen, und zwar weder Investitionsgütereinfuhren zur Modernisierung ihrer weitgehend verschlissenen Produktionsanlagen noch Konsumgüter zum Stopfen von Versorgungslücken.

Diese Lage des SED-Staates am Abgrund der Zahlungsunfähigkeit in Verbindung mit den gewaltig angestiegenen außenwirtschaftlichen Belastungen im Ost- oder RGW-Handel erklärte maßgebend auch alle bis dahin von der SED-Wirtschaftsführung ergriffenen und dann von ihr in den Folgejahren unternommenen verzweifelten wirtschaftspolitischen Rettungsversuche. Damit komme ich zum Schluß.

In den elf Jahren von 1980 bis 1991 hat das Wirtschaftsreferat des Gesamtdeutschen Instituts 73 Analysen zur Wirtschafts-, Außenhandels-, Verkehrs- und Sozialpolitik der DDR, zur Wirtschaftsentwicklung Ostdeutschlands, zur Energiewirtschaft und zur Umweltpolitik der DDR-Regierung sowie zur Umweltverwüstung jenseits der Elbe vorgelegt. Diese Analysen wurden als „Manuskriptdrucke“ in einer Auflage zwischen 50 bis 200 Exemplaren hergestellt. Alle Aufklärungs- und Politikberatungsstudien wurden umgehend nach ihrer Fertigstellung entsprechend einem mit dem Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Frau Dr. Marlies Jansen sitzt da oben, mit ihr wurden die Verteiler nämlich damals abgestimmt), abgestimmten Verteiler an das Kanzleramt, an interessierte Bundesministerien (je nach fachlicher Zuständigkeit), an den Deutschen Bundestag und seinen wissenschaftlichen Dienst, an einzelne Bundestagsabgeordnete (auf Anfrage), an Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft und an befreundete DDR-Forschungsinstitute versandt.

Die Deutsche Bundesbank, und damit komme ich zum Schluß, wurde bei dieser Informationsversorgung besonders gut beliefert, denn sie erhielt jede brandneue Studie in zwei bis vier Exemplaren auf dem Direktwege zugesandt.

Auch die „Forschungsstelle für gesamtdeutsche, wirtschaftliche und soziale Fragen“ in Berlin, das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin und das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung in Hamburg haben alle Forschungsergebnisse von größerem Gewicht und sämtliche bedeutsamen Gutachten und Veröffentlichungen zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR der Leitung der Deutschen Bundesbank zugeleitet.

Die Deutsche Bundesbank hätte also bei einer sorgfältigen Verarbeitung der angebotenen Forschungsergebnisse nicht so ahnungslos sein müssen, wie sie sich dann Mitte 1991 dargestellt hat.

Meine Damen und Herren, einige von Ihnen werden die zeitlose Erkenntnis Goethes kennen, die er einst seinem Sekretär und Vertrauten Eckermann in einem seiner posthum berühmt gewordenen „Gespräche“ mitgeteilt hat: „Man sagt, daß Zahlen nicht die Welt regieren, aber eines weiß ich mit Sicherheit, daß Zahlen zeigen, wie die Welt regiert wird“.

Die ernstzunehmende westdeutsche DDR-Wirtschaftsforschung hat nach meiner Überzeugung jahrzehntelang trotz aller Informationssperren und trotz aller Täuschungsmanöver bewiesen, wie die SED die DDR regiert hat. Ich danke für's Zuhören.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Als Statthalter der Zeit muß ich darauf hinweisen, wenn ich jetzt die Überziehungen jeweils von der Diskussionszeit abziehen würde, hätten wir nur noch gut 20 Minuten. Ich bitte aus diesem Grund, wenn wir die Überziehung nicht eskalieren lassen wollen, daß wir das durch Straffung der Fragen vielleicht versuchen auszugleichen. Herr Dr. Jork bitte.

Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Frau Cornelsen hat uns mitgeteilt, daß man auf die Statistik nicht hereingefallen ist. Diese Feststellung erscheint erst recht nach den anderen Vorträgen schillernd. Mich hätte von ihr interessiert (vielleicht kann uns das auch Herr Buck beantworten): An welcher Stelle würden Sie denn den Stand der DDR-Volkswirtschaft einschätzen, wenn wir davon ausgehen, daß man ja doch geglaubt hat, daß die DDR den 10. Platz in der Weltliste einnahm?

Eine zweite Frage: Es ist gesagt worden, daß Schutzmaßnahmen den Niedergang der DDR-Wirtschaft hätten verhindern können. In dem Sinne habe ich das jedenfalls verstanden. Meine Frage in dem Zusammenhang an Herrn Dr. Arzt und Herrn Professor Schneider: Hat der Gedanke unter dem Blickwinkel noch Sinn, daß am 1. Juli 1990 ziemlich abrupt die Währungsunion kam, und daß wir dann spätestens im September gemerkt haben, daß der Ostmarkt völlig abgebrochen war? Danke.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Ich würde vorschlagen, daß Sie, Herr Dr. Jork, vielleicht ganz kurz in einem Stichwort, damit Frau Dr. Cornelsen gegenüber den drei anderen Angesprochenen eine gleichwertige Chance hat, die Frage noch einmal wiederholen.